

Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

in Stuttgart am 27. Januar 2017



LANDTAG VON
BADEN-WÜRTTEMBERG

Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus

in Stuttgart
am 27. Januar 2017

Herausgeber

Landtag von Baden-Württemberg
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Str. 3
70173 Stuttgart

Bildnachweis

Andreas Kaier
Landtagspressestelle

Internet

www.landtag-bw.de

© 2017

Landtag von Baden-Württemberg

Inhalt

- 6 Programm**

 - 8 Begrüßung und Gedenkrede**
Muhterem Aras MdL
Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

 - 22 Grußwort**
Ilse Kestin
Sprecherin VVN-BdA e.V., Landesverband Baden-Württemberg

 - 26 Perspektiven des Widerstands**
Prof. Dr. Ulrich Herbert
Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte,
Historisches Seminar, Universität Freiburg

 - 40 Was geht mich eure Geschichte an?**
Multimediales und partizipatives Jugendprojekt des
Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg e.V., Ulm
Moderation: Annette Lein, Gedenkstättenpädagogin
Tom Mittelbach, Friedrich-Uhlmann-
Schule Laupheim
Projektteilnehmer: Jonas Maucher, Benjamin Rotärmel

 - 42 Fotos**
-

Programm

Gedenkstunde

des Landtags von Baden-Württemberg

Musikstück

Begrüßung und Gedenkrede

Muhterem Aras MdL

Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg

Grußwort

Ilse Kestin

Sprecherin VVN-BdA e.V., Landesverband Baden-Württemberg

Perspektiven des Widerstands

Prof. Dr. Ulrich Herbert

Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte,
Historisches Seminar, Universität Freiburg

Musikstück

Was geht mich eure Geschichte an?

Multimediales und partizipatives Jugendprojekt des
Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg e.V., Ulm

Moderation: Annette Lein, Gedenkstättenpädagogin
Tom Mittelbach, Friedrich-Uhlmann-
Schule Laupheim

Projektteilnehmer: Jonas Maucher, Benjamin Rotärmel

Musikstück

Einladung zur Begegnung

Informationsstände der Opferorganisationen

Begrüßung und Gedenkrede

Muhterem Aras MdL
Landtagspräsidentin



I. »Nach Auschwitz kam das große Schweigen.«

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

ich begrüße

- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs Frau Vorstandssprecherin Barbara Traub sowie die Vorstandsmitglieder Herrn Kashi und Frau Jakubowski, ebenso Herrn Landesrabbiner Wurmser,
- für die Israelitische Religionsgemeinschaft Baden Herrn Vorsitzenden Suliman,
- für den Landesverband der Sinti und Roma Herrn Vorsitzenden Daniel Strauss,
- für die Glaubensgemeinschaft der Zeugen Jehovas Herrn Wolfram Slupina und
- für die Gruppe der wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten Herrn Joachim Weiss.

Ich begrüße auch den Bund der Jenischen in Deutschland.

Als Gastredner des heutigen Tages zum Thema politischer Widerstand und Verfolgung begrüße ich Herrn Professor Ulrich Herbert von der Universität Freiburg,

ebenso

Frau Ilse Kestin vom Verein der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, die ein Grußwort sprechen wird, und auch die Mitorganisatoren der Veranstaltung Frau Janka Kluge und Herrn Lothar Letsche.

Ich begrüße sehr herzlich
Frau Finanzministerin Edith Sitzmann, für die Landesregierung,

stellvertretend für die Mitglieder des Landtags
Herrn Vizepräsidenten Klenk und Herrn Präsidenten Eberhard Stilz für
den Verfassungsgerichtshof Baden-Württemberg.

Ein herzlicher Gruß geht an die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen
des Landtags, stellvertretend an den ehemaligen Landtagspräsidenten
Peter Straub.

Ich begrüße sehr herzlich die Vertreter des Konsularischen Korps,
stellvertretend den israelischen Generalkonsul Herrn Dr. Shaham sowie
den Doyen des Konsularischen Korps und kroatischen Generalkonsul in
Baden-Württemberg Herrn Novokmet.

Ich begrüße die Vorsitzenden der Landesparteien,
namentlich Frau Dr. Detzer von den Grünen,
Frau Breymaier von der SPD und
Herrn Werner von den Freien Wählern.

Ich heiße die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirchen
sowie der armenischen Gemeinde Baden-Württembergs herzlich
willkommen.

Ebenso heiße ich die Vertreter der Regierungspräsidien sowie der
kommunalen Landesverbände herzlich willkommen.

Auf der Tribüne heiße ich alle Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen
herzlich willkommen, die direkt vor dem Plenarsaal in der Lobby eine
beeindruckende Ausstellung zum politischen Widerstand in Baden-
Württemberg auf die Beine gestellt haben.

Last, but not least begrüße ich besonders herzlich die vielen jungen
Menschen hier im Saal,

namentlich
die Teilnehmer am integrativen Jugendprojekt des Dokumentationszent-
rums Oberer Kuhberg in Ulm mit ihren Betreuenden,

die Schülerinnen und Schüler der Freien Waldorfschule am Kräherwald
in Stuttgart,

die Schülerinnen und Schüler des Eberhard-Ludwigs-Gymnasiums
(Ebelu) in Stuttgart

und natürlich Frau Esther Hermann und Herrn Benjamin Pas (ebenfalls
vom Ebelu), die uns musikalisch eingestimmt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste der zentralen
Gedenkstunde des Landtags von Baden-Württemberg,

Ihnen allen ein herzliches Willkommen.

»Nach unserer Befreiung dachten meine Schwester und ich, dass sich
jetzt die Welt verändern würde. Aber in den folgenden Jahren stellte uns
kaum jemand Fragen, niemand wollte etwas wissen. Nach Auschwitz
kam das große Schweigen«.

Sehr geehrte Damen und Herren,

»Nach Auschwitz kam das große Schweigen«, so erlebte die inzwischen
über 90-jährige Überlebende des Holocaust, Anita Lasker-Wallfisch, die
Zeit nach ihrer Befreiung.

In einem der berührenden Interviews, die DER SPIEGEL 70 Jahre nach
der Befreiung von Auschwitz mit 19 Überlebenden geführt hat, ist ihre
Geschichte nachzulesen.

Sie ist mir sehr nahegegangen.

Lange haben Gesellschaft und Politik in der jungen Bundesrepublik geschwiegen, verdrängt und zum Teil auch verleugnet, was in den 12 Jahren, in denen das barbarische System des Nationalsozialismus regierte, geschehen ist.

Der Toten wurde viel zu wenig gedacht.

Die Überlebenden wurden mit ihrem Leid, ihrer Trauer und ihrem Schmerz oft alleingelassen.

Dieser Schmerz ist auch heute noch unermesslich. Mit diesem Schmerz müssen auch die nachwachsenden Generationen leben.

Es ist eine beschämende Tatsache:

Die Deutschen wollten in ihrer Mehrheit nicht mit der jeweils individuellen, emotionalen Beteiligung am Nationalsozialismus und seinen Folgen konfrontiert werden.

Erst Ende der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, nachdem die meisten sichtbaren Folgen des Zweiten Weltkrieges aufgeräumt und der Aufbau des Landes – das Wirtschaftswunder – in vollem Gange war, begann man zaghaft und zögerlich hier und da den Blick darauf zu richten.

In ihrem 1967 erschienenen Essay »Die Unfähigkeit zu trauern« sprechen Alexander und Margarete Mitscherlich von einer »auffallenden Gefühlsstarre« der Deutschen, »die sich in unserem gesamten politischen und sozialen Organismus bemerkbar macht.«

Das Gedenken an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar – symbolisch für die Befreiung aller nationalsozialistischen Konzentrationslager – wurde erst 51 Jahre nach Ende des Krieges proklamiert.

Es war Roman Herzog, der damalige Bundespräsident, der diesen so wichtigen Schritt für die deutsche Erinnerungskultur und das

Geschichtsverständnis getan hat. Dies ist eines der größten Verdienste seiner Amtszeit.

Dieser Gedenktag wird bleiben und für immer an seinen Mentor Roman Herzog erinnern, der am 10. Januar dieses Jahres verstorben ist und heute in Jagsthausen beerdigt wird.

Wir dürfen nicht nachlassen, den Tag zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in Würde und Respekt zu begehen.

Denn:

Mit der Proklamation des 27. Januar als Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus kann sich das wiedervereinte Deutschland seit 1996 jährlich in Würde erinnern.

Wir verneigen uns vor den Opfern, ihren Hinterbliebenen und Nachfahren.

Es ist der Tag, an dem wir unsere historische Verantwortung immer wieder reflektieren müssen.

Roman Herzog sagte dazu in seiner Ansprache während der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 27. Januar 1999:

»Ohne gründliches Wissen um seine Geschichte kann auf Dauer kein Volk bestehen.«

Und an anderer Stelle wird er noch eindringlicher:

»Für mich ist jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, letztlich nur eine Form intellektueller Feigheit.«

Ich sage: Wir Deutschen – egal, welcher Generation wir angehören oder woher wir kommen und ob wir später zu Deutschen geworden sind – haben uns dieser Geschichte zu stellen. Um der Zukunft unseres Landes und auch um der Zukunft Europas gerecht zu werden.

II. »Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.«

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesen Worten hat Richard von Weizsäcker in seiner großartigen Rede zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1985 uns Deutschen ins Stammbuch geschrieben, was unsere Aufgabe ist.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einen kleinen persönlichen Exkurs machen:

Als ich mit meiner Familie 1978 aus Ostanatolien nach Deutschland kam, kam ich in ein Land, das mir verheißungsvoll erschien: Freiheit, Demokratie, wirtschaftliche Sicherheit, Gerechtigkeit und Bildung. Ich war damals 12 Jahre alt und wusste nichts von der Vergangenheit in diesem Land, nichts von seiner Gegenwart.

In den ersten Jahren dachte ich, wir gehen irgendwann wieder zurück in die Türkei. Deshalb engagierte ich mich zunächst in türkischen Vereinen und demonstrierte in Deutschland gegen Menschenrechtsverletzungen in der Türkei.

Erst durch die Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und Migranten in Solingen, Rostock und Hoyerswerda Anfang der 90er Jahre habe ich gespürt, dass Deutschland, die deutsche Geschichte auch ein Teil von mir geworden ist, dass ich dazugehöre. Ich habe keine Vorfahren, die den Nationalsozialismus erlebt oder mitgestaltet haben oder als Mitläuferinnen und Mitläufer auch Schuld in sich tragen.

Ich habe keine Vorfahren, die im Widerstand gewesen sein könnten oder versucht haben, wenigstens im engeren Umfeld Menschen zu

schützen und dabei ihr eigenes Leben, ihre eigene Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Und ich habe keine Vorfahren, die aus anderen Gründen Opfer des Nationalsozialismus waren.

Aber: Dieses Land hat meine Familie gut aufgenommen.

Wir haben von Anfang an viele Menschen getroffen, die uns freundlich gesonnen waren, die uns geholfen haben, anzukommen. Dabei war der Begriff »Integration« noch ein weithin unbekanntes Fremdwort.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin, weil dieses Land meine Heimat geworden ist. Und ich trage damit die gleiche Verantwortung wie alle anderen Deutschen auch.

Diese Verantwortung empfinde ich nicht als Last, sondern als Verpflichtung.

Die jüngste Vergangenheit ist auch meine. Ich verstehe sie als Auftrag, die Zukunft zu gestalten, Verantwortung zu übernehmen.

III. Überwinden, aber nicht vergessen.

Die Geschichte des Nationalsozialismus und seines Aufstieges nach dem Ersten Weltkrieg während der Weimarer Republik zu vermitteln, gehört zum Bildungskanon in unserem Land. Und wir dürfen nicht nachlassen, dies wachzuhalten.

Aber es ist nicht einfacher, sondern komplizierter geworden. Es müssen neu Bezüge hergestellt werden. Die Geschichte des Nationalsozialismus sollte deshalb nicht mehr isoliert gelehrt und vermittelt werden. Dazu gehört für mich auch, den jungen Migrantinnen und Migranten in unseren Schulen nahezubringen:

Die deutsche Geschichte ist auch eure. Ihr könnt euch nicht davonstellen, denn dieses Land ist auch euer Land, in dem ihr euch eure Zukunft

aufbaut. Dieses Land hat sich gewandelt mit unserer Zuwanderung und soll sich positiv weiterentwickeln mit euch.

Und dazu gehört das Wissen um seine Geschichte.

Ein Beispiel möchte ich nennen für die Notwendigkeit vom Wissen über unsere Geschichte.

Während der Zeit des Nationalsozialismus wurden Tausende Menschen politisch verfolgt und ermordet, weil sie eines für sich in Anspruch nahmen:

die Meinungsfreiheit.

Um nur einige Namen aus Württemberg und Baden zu nennen:

Eugen Bolz, der Württembergische Staatspräsident und Mitglied der Zentrumspartei, musste sein Leben lassen, weil er ein anderes Ziel verfolgte.

Sophie Scholl. Wer könnte sie und ihren Mut, sich gegen das System zu stellen, vergessen? Auch sie: ermordet.

Georg Elser, der Kunstschreiner von der Schwäbischen Alb. Er wollte den Krieg verhindern und sah keine andere Möglichkeit als ein Attentat. Dafür musste er sterben.

Oder die Kommunistin Liselotte Herrmann. Auch sie wurde ermordet.

Nicht zu vergessen der SPD-Politiker Kurt Schumacher, verfolgt und verhaftet. Er hat überlebt.

Gnadenlos haben die Nationalsozialisten abweichende Meinungen und andere politische Vorstellungen verfolgt und grausam bestraft.

Vor all diesen vielen tausend Menschen, den bekannten und den namenlosen,

- die sich nicht in die lange Reihe der Mitläuferinnen und Mitläufer eingereiht haben,

- die sich der Gefahren sehr wohl bewusst waren und dennoch mit dem Einsatz ihres Lebens versucht haben, politische Wege aus dem Unrechtsstaat aufzuzeigen und zu gehen,

- vor all diesen Menschen verneige ich mich, verneigt sich der Landtag in Dankbarkeit und Demut.

Sie sind Vorbild und Mahnung für mich und die Stärke der Demokratie, die wir unter keinen Umständen preisgeben dürfen.

Nur aus der Geschichte können wir verstehen, welches hohe Gut, welcher entscheidende Wert die Meinungsfreiheit darstellt, die uns heute so selbstverständlich erscheint.

Auf dem Boden des Grundgesetzes haben Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft diese Republik über die Jahrzehnte vielfältig, lebenswert und konkurrenzfähig gemacht.

Und dabei haben wir unsere Werte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit oder Gleichberechtigung gestärkt und wie nebenbei eine Einwanderungsgesellschaft geschaffen, die diesen Namen verdient.

Aber seit etwa zwei Jahren greift ein Rechtspopulismus um sich, der Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Angriffe auf demokratische Institutionen und Verantwortungsträger unseres Landes befeuert. Wir können und dürfen das nicht kleinreden, sondern wir müssen dem entschieden begegnen.

Dabei sage ich mit aller Deutlichkeit:

Die große Mehrheit unserer Gesellschaft betreibt keine »dämliche Bewältigungskultur«.

Die große Mehrheit hat sich eine lebendige Erinnerungskultur geschaffen, die aus guten Gründen nicht für parteipolitische Zwecke missbraucht wird.

Die große Mehrheit hat sich kein »Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt ...«.

Die große Mehrheit sieht das Berliner Holocaust-Mahnmal als eigene Verpflichtung und als eine tiefe Verbeugung vor den Opfern.

Der Schulterschluss der demokratischen Parteien und der Zivilgesellschaft lässt sich nicht auseinanderdividieren.

Denn wir wissen um unsere Verantwortung.

IV. Niemand soll mehr sagen können: Wir haben es nicht gewusst.

Gleichzeitig müssen wir uns dem Problem stellen:
Wie erreichen wir die »Unerreichbaren« wieder? Unerreichbare, deren Gebaren an das erinnert, was wir in unserer pluralistischen Gesellschaft längst überwunden geglaubt haben.

Anders als viele Kommentatoren sage ich:
Es sind nicht mehrheitlich die die Bildungsfernen, Vergessenen, Zurück- oder gar von der Politik und Gesellschaft Alleingelassenen, die sich dieser Bewegung anschließen und sie stark machen.
Es sind, behaupte ich, auch – weniger sichtbar – viele gebildete oder zumindest wissende Bürgerinnen und Bürger dabei.

Das ist das Gefährliche an diesem Prozess, dem wir uns als Gesellschaft derzeit ausgesetzt sehen.

Ich sehe es als eine persönliche Herausforderung, diesen Prozess nicht geschehen zu lassen, sondern ihn aufzuhalten.

Ich sehe es als persönliche Aufgabe an, die Menschen wieder zurückzuholen auf den Boden unserer freiheitlich liberalen Grundordnung.

Das deutsche Grundgesetz, entstanden aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus, ist es wert, wieder stärker in unseren Blick zu kommen.

Denn dort sind die Werte festgeschrieben, die uns Halt und Sicherheit geben.

Auch deswegen ist es so wichtig, einem wiedererstarkenden Volksbegriff entgegenzutreten, der dem, was wir über die letzten Jahrzehnte aufgebaut haben, Hohn spricht:

Migrantinnen und Migranten, Flüchtlinge, Homosexuelle, verschiedene Religionen, unterschiedliche politische Präferenzen, Überzeugungen und Lebenshaltungen werden abgelehnt.

Dieser starke und über viele Jahrzehnte erarbeitete gesellschaftliche Grundkonsens wird durch einen Volksbegriff konterkariert, der antipluralistisch, zerstörerisch und vor allem rassistisch ist.

Es ist ein Begriff, der einen Alleinvertretungsanspruch für ein Volk geltend macht, das es so nirgendwo und schon gar nicht in Deutschland gibt. Was es aber inzwischen überall gibt, sind ähnliche oder sogar gleiche Bewegungen, die die öffentliche Diskussion zu dominieren trachten. Wir müssen uns mit Blick auf unsere Vergangenheit und auf die Gräueltaten, die wir zu verantworten haben, viel mehr als bisher und ganz entschieden mit dem Anwachsen antidemokratischer, vereinfachender Tendenzen auseinandersetzen.

Die wesentliche Frage lautet dabei: In welcher Welt wollen wir leben?

In einer, in der die einfachen und oft herabsetzenden Antworten genügen?

In einer Welt, in der andersgläubige, andersaussehende, andersdenkende und anderslebende Menschen ausgegrenzt und diskriminiert werden?

In einer Welt, in der ausgelöscht wird, was nicht gefällt?

Oder in einer Welt, in der wir einander in unserer Vielfalt mit Respekt und Würde begegnen und demokratische Verfahrensweisen unsere Leitlinie darstellen?

Das barbarische System des Nationalsozialismus hat uns gezeigt, wie es nicht gehen kann und darf.

Es war der Hass, der alle Handlungen geleitet hat.
Und es ist auch heute wieder die Ideologie des offen gelebten Hasses, die so viele verblendet.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin geworden, nicht etwa, weil ich die »Rosinen« des Wohlstandes so lecker fand.

Ich bin deutsche Staatsbürgerin geworden auch in dem Verständnis, dass ich damit Teil der jüngeren Vergangenheit werde und dass diese Vergangenheit damit auch Teil meiner Identität sein wird.

Meine Botschaft dabei ist:

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ist ständige Aufgabe der Politik und Zivilgesellschaft.

Eine solche Auseinandersetzung betrachte ich auch als Chance.

Diese Chance wahrzunehmen ist notwendige Zukunftsgestaltung.

V. Ich bitte Sie, sich zu erheben:

Heute gedenken wir

- insbesondere der über 6 Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern grausam ermordet wurden, der Überlebenden und der trauernden Angehörigen.

Wir gedenken

- der ermordeten Sinti und Roma,
- all derer, die wegen ihrer politischen und religiösen Überzeugung ermordet wurden,
- der ermordeten Homosexuellen und Menschen mit Behinderungen und
- wir vergessen nicht diejenigen, die im Widerstand Übermenschliches geleistet haben und dafür sterben mussten.

Ich danke Ihnen.

Grußwort

Ilse Kestin

Sprecherin VVN-BdA e.V., Landesverband Baden-Württemberg



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, vor diesem Haus im Namen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten zu sprechen. Der heutige Gedenktag, den es seit 1996 in dieser Form gibt, ist ein wichtiger Bestandteil des respektvollen Mahnens und Gedenkens an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Der kürzlich verstorbene Bundespräsident Roman Herzog hat ihn als gesetzlichen Gedenktag verankert.

Sehr geehrte Damen und Herren, beide Weltkriege gingen von deutschem Boden aus. Nach dem Ersten Weltkrieg war Deutschland ruiniert, nach dem Zweiten Weltkrieg verwüstet. Der Faschismus hat die Welt in einen Krieg gestürzt, der zu mehr als 60 Millionen Toten geführt und Europa in Trümmer gelegt hat.

Wir gedenken heute derer, die unter dieser Diktatur unterdrückt, eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Wir gedenken aller Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes.

Die Häftlinge der Konzentrationslager, Zivilisten im Bombenhagel, Soldaten, die den Befehl verweigerten oder desertierten und dadurch ihr Leben verloren, sie alle waren Opfer des Faschismus.

Lassen Sie mich neben Willi Bleicher, Anton Hummler und vielen anderen beispielhaft für die Stadt Stuttgart die Familie Schlotterbeck nennen. Diese Männer und Frauen stehen neben vielen anderen, die getötet, eingesperrt, gefoltert und all ihrer Rechte und Würde beraubt wurden, für das Grauen und die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Der Weg der Männer und Frauen der Familie Schlotterbeck und ihrer Freunde endete am 30. November 1944 vor den Gewehren ihrer Mörder in Dachau und im April 1945, kurz vor Kriegsende, als das hitlersche Terrorregime sich bereits in Auflösung befand, wurden Hermann Schlotterbeck, Gottlieb Aberle und Andreas Stadler noch auf dem Todesmarsch aus Welzheim hingerichtet.

Sie wurden hingerichtet, weil sie den einfachsten Idealen der Menschlichkeit treu geblieben sind.

Weil die Söhne einer Mutter sich nicht der Tyrannei beugten, musste die Mutter sterben. Weil die Söhne eines Vaters Freiheit und Recht für das höchste Gut hielten, musste der Vater sterben.

Weil sie alle Widerstand leisteten, mussten die Schwester und viele ihrer Freunde sterben. Nahezu eine ganze Familie und ihr Freundeskreis wurden ausgelöscht, weil sie Widerstand gegen ein System geleistet haben, das in seiner Perversion keine Steigerung mehr erfahren konnte.

Sehr geehrte Damen und Herren, dieser Tag ist ein Gedenktag, ein Tag des Erinnerns und der Trauer, aber auch ein Tag der Mahnung zur Versöhnung und Verständigung zum Frieden. Auch 72 Jahre nach dem Ende des Hitlerfaschismus gilt es, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit aufzustehen.

Denn was wir tagtäglich an Fremdenfeindlichkeit, an Hetze gegen Ausländer und Asylbewerber, an Übergriffen und Brandstiftung erleben, zeigt auf das Deutlichste: Es gab 1945 keine Stunde »null«! Der Nationalsozialismus war auf dem Schlachtfeld, nicht aber in den Köpfen besiegt.

Was wir heute mit den Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in Europa und der ganzen Welt erleben, zeigt, dass 47 Jahre nach Willy Brandts Bekenntnis zu »Mehr Demokratie wagen« in Deutschland wieder eine Rückwärtsbewegung in Richtung Nationalismus stattfindet. Es kann in einer globalisierten Welt, einer globalisierten Wirtschaft heute keinen sozialen Nationalismus geben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir alle müssen Verantwortung für die Gestaltung einer freien, demokratischen, sozialen und gerechten

Gesellschaft übernehmen, vor allem durch unser Engagement gegen rechts. Dieser gesellschaftlichen Aufgabe müssen sich alle stellen!

Deshalb: Es reicht nicht, der Befreiung in schönen Worten zu gedenken. Notwendig ist auch heute eine Politik, die die Konsequenzen aus dem Gedenken und den historischen Erfahrungen zieht und eine Wiederholung der Ereignisse des Nationalsozialismus unmöglich macht!

Sehr geehrte Damen und Herren, was wir heute mit der Betonung des »Nationalen« erleben, ist keine Entwicklung hin zum Sozialismus, ganz im Gegenteil: Jede Abschottung und die Desintegration der Weltwirtschaft birgt akute Gefahren eines Wirtschaftskrieges, und zwar eines Wirtschaftskrieges, zwischen Nationen. Die Erfahrungen der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts haben gezeigt, dass der Schritt vom Wirtschaftskrieg zum Krieg zwischen Nationen zwangsläufig erscheint.

Nie wieder Auschwitz!

Nie wieder Faschismus!

Nie wieder Krieg!

Rede

Perspektiven des Widerstands

Prof. Dr. Ulrich Herbert

Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte,
Historisches Seminar, Universität Freiburg



I. Es hat sehr lange gedauert, bis der deutsche Widerstand gegen die Diktatur der Nationalsozialisten in Westdeutschland anerkannt und positiv gewürdigt wurde. In den Jahren nach dem Krieg wurden die Widerstandskämpfer des 20. Juli lange Zeit von rechts als Vaterlandsverräter verunglimpft, und erst seit den 1960er Jahren erhielten sie gebührende, wenngleich nach wie vor nicht ungeteilte Anerkennung. Dabei war jedoch vielfach eine gewisse Vereinnahmung und Heroisierung unübersehbar. Der konservative Widerstand wurde als der Kampf des »anderen« Deutschland gewürdigt, mit einem Unterton des »eigentlichen« Deutschlands, so als hätten die Männer des 20. Juli gewissermaßen im Auftrag des besseren Deutschlands, womöglich sogar einer Mehrheit der Deutschen gehandelt. Gegen eine solche Vereinseitigung gab es bald Proteste, und seit den 1990er Jahren führte der Nachweis, dass die meisten der nationalkonservativen Verschwörer dem Nationalsozialismus anfangs positiv gegenüberstanden und manche von ihnen sogar hohe Funktionen im Regime eingenommen hatten, zuweilen zur gegenteiligen Beurteilung, die derjenigen der Alliierten der Kriegszeit ähnelte: der 20. Juli als Palastrevolution der einen gegen die andere Nazifraktion.

Nicht weniger kompliziert war und ist der Umgang mit dem sogenannten proletarischen Widerstand, also dem aus der Arbeiterbewegung von SPD, KPD, Gewerkschaften und autonomen linken Gruppen.

Die kommunistischen Widerstandskämpfer wurden in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg in Westdeutschland weitgehend ignoriert. Im Zuge der Kalten Krieges, zumal des innerdeutschen, wurden sie über das Kriegsende als Feinde betrachtet und nicht wenige von ihnen sogar verfolgt. Extrem entgegengesetzt die Wahrnehmung in der DDR: Der ostdeutsche Staat gründete seine Legitimation wesentlich, sogar vorrangig, auf das Erbe des Antifaschismus und den Kampf der KPD gegen das Hitler-Regime. Auch hier war eine Instrumentalisierung und Heroisierung unübersehbar. Der kommunistische Widerstand wurde, was seine Bedeutung angeht, um ein Vielfaches überhöht und wie bei den Nationalkonservativen als Speerspitze einer potentiellen

Mehrheit, jedenfalls einer Massenbasis in der Arbeiterschaft apostrophiert.

Wie ist angesichts so unterschiedlicher Wahrnehmungsweisen und Beurteilungen der Widerstand gegen den Nationalsozialismus von heute aus einzuordnen? In welchem Verhältnis stand die deutsche Gesellschaft der NS-Zeit zu den verschiedenen Bewegungen des Widerstands? Und in welchem Verhältnis stehen wir heute dazu?

Tatsächlich war der Widerstand der Arbeiter wie derjenige der Generäle und Professoren ein Widerstand ohne Volk. Das macht die Vorgehensweise der Einzelnen, ihre Unerschrockenheit umso bemerkenswerter, weil sie angesichts der bis in die letzten Kriegsjahre verbreiteten Mischung aus Zustimmung und Apathie, welche die deutsche Gesellschaft kennzeichnete, mit ihrem Scheitern rechnen mussten oder davon sogar fest ausgingen. Es macht aber auch die Frage der Nachfolge, der Vorbildhaftigkeit komplizierter und uneindeutiger.

Ich will das im Folgenden vor allem anhand des Widerstands aus der Arbeiterbewegung und der konservativen Widerstandsbewegungen etwas genauer betrachten und dabei einige Personen herausstellen, deren Werdegang uns näheren Aufschluss über die Motive des Widerstands und das Verhältnis zur deutschen Gesellschaft geben kann. Die Beispiele bilden gewiss nicht das gesamte Spektrum des Widerstands ab. Sie stammen überwiegend aus dem südwestdeutschen Raum, ohne dass dadurch angedeutet werden sollte, der Widerstand sei hier intensiver oder auch nur anders gewesen als in anderen Regionen Deutschlands.

Liselotte Herrmann, 1909 geboren, studierte Chemie und Biologie, war Mitglied im Sozialistischen Schülerbund, dann der Roten Studentengruppen, seit 1931 der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wegen »kommunistischer Betätigung« wurde sie im Juli 1933 von der Universität verwiesen und war seitdem im Widerstand gegen die NS-Diktatur aktiv. Sie nahm eine Stelle als Kindermädchen an und arbeitete im kommunistischen Untergrund. In Stuttgart arbeitete sie als Stenotypistin

und erlangte Informationen über geheime Rüstungsprojekte, die sie an Kontaktadressen des KPD-Widerstands in der Schweiz weitergab. Sie wurde am 7. Dezember 1935 von der Gestapo verhaftet und am 12. Juni 1937 mit drei anderen Nazigegegnern vom 2. Senat des Volksgerichtshofes in Stuttgart wegen Landesverrats zum Tode verurteilt. Trotz einer internationalen Protest- und Solidaritätskampagne wurde sie am 20. Juni 1938 in Berlin Plötzensee hingerichtet.

Auf den Widerstand der Kommunisten waren die Nationalsozialisten vorbereitet, mit ihm rechneten sie fest. Tatsächlich gelang es ihnen, die KPD als politische Gegenmacht schon in den ersten Tagen nach dem Reichstagsbrand auszuschalten. Dabei waren sich im Kampf gegen die Kommunisten nahezu alle Kräfte rechts von der SPD einig, und ein organisierter Aufstandsversuch der KPD hätte wohl auch die Reichswehr auf den Plan gerufen und wäre binnen weniger Tage oder Stunden erstickt worden. Die KPD hingegen war auf den organisierten Widerstand gegen eine rechte Diktatur nicht vorbereitet. Sie hatte ihr Hauptaugenmerk in den vorangegangenen Monaten vor allem auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie (»Sozialfaschisten«) gelegt, die sie in Übernahme der Positionen der stalinistischen Führung in der Sowjetunion als »Hauptstütze der Bourgeoise« ansah.

Die Sozialdemokratie war durch das respektable Wahlergebnis vom März 1933 zwar eher gestärkt als geschwächt, aber ihre Führung musste dem Zusammenspiel von Regierungspolitik und Straßenterror doch nahezu ohnmächtig zusehen. Ein offener Widerstand gegen das neue Regime war aussichtslos und widersprach auch dem auf Legalität und Gewaltfreiheit verpflichteten politischen Selbstverständnis der Partei. Ohnehin gingen die meisten führenden Sozialdemokraten davon aus, dass das Kabinett Hitler wie die anderen Präsidialregierungen zuvor innerhalb weniger Monate scheitern werde – eine Überzeugung, die sie mit vielen ausländischen Beobachtern teilten und die vom März 1933 aus ja auch durchaus realistisch schien.

Nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten hatten viele Kader der Arbeiterparteien gehofft, dass die Solidarität der Arbeiterschaft nach der Zerschlagung der Arbeiterorganisationen zumindest in den Wohnbezirken und in den Betrieben aufrechterhalten werden könnte. Doch auch diese Hoffnung trog. Der Zusammenhalt der Arbeiterschaft innerhalb des proletarischen Sozialmilieus konnte von den Nationalsozialisten nicht völlig unterbunden werden, aber er wurde entpolitisiert. Gleichzeitig schwächte die Niederlage auch das Ansehen der Arbeiterbewegung – vor allem das der KPD, die noch wenige Monate zuvor die proletarische Revolution vorausgesagt hatte. Nun aber war sie nicht einmal in der Lage, die Arbeiterwohnviertel gegen die Razzien der SA zu schützen. Bereits Anfang 1935 ging die Gestapo davon aus, dass es einen nennenswerten Widerstand der marxistischen Organisationen nicht mehr gebe.

Immerhin gelang es den Sozialdemokraten ebenso wie den Kommunisten, Informationsnetze aufzubauen, wobei die Sopade-Berichte der Exil-SPD über die Lage in Deutschland und die Haltung der Arbeiter die bekanntesten und ausführlichsten waren. Die Informationsnetze der Kommunisten waren vor allem auf die Rüstung und Kriegsvorbereitungen des NS-Systems gerichtet. Aber auch diese waren bei Kriegsbeginn weitgehend aufgerollt und zerstört worden. Wer als Aktivist und Sympathisant der Kommunisten nicht in Gefängnissen oder Konzentrationslagern saß, versuchte im Abseits und meist isoliert, sein Überleben zu sichern. Nicht anders die Sozialdemokraten, selbst diejenigen, die versuchten, einen gewissen Zusammenhalt untereinander zu bewahren.

Das verstärkte sich noch nach Kriegsbeginn. Zum einen wurden ja auch die Aktivisten der Arbeiterbewegung, so sie nicht inhaftiert waren, zur Wehrmacht eingezogen und damit aus dem Zusammenhalt ihres politischen Milieus herausgerissen. Zudem war innerhalb der Arbeiterschaft die Zahl derjenigen, die nicht von einem deutschen Sieg überzeugt waren oder die sich gar eine Niederlage Nazideutschlands wünschten, offenkundig gering geworden – zumal eine realistische politische Alternative nirgendwo zu erkennen war, ganz besonders,

nachdem die Nachricht vom Hitler-Stalin-Pakt die Anhänger der Kommunisten desorientiert und nun auch bei den nichtkommunistischen Hitler-Gegnern isoliert hatte.

Das bedeutet übrigens nicht, dass die nationalsozialistische »Volksgemeinschaft« nun Wirklichkeit geworden wäre, wie man nun zuweilen lesen kann. Nachdem jahrzehntelang die Zustimmung der Bevölkerung zum NS-Regime kleingeredet worden ist, wird sie nun haltlos übertrieben. 1933 war die deutsche Gesellschaft gespalten, ziemlich genau eine Hälfte war für, die andere gegen die Nationalsozialisten, und es ist nicht glaubhaft, dass der Anteil derjenigen, die dem Hitler-Regime zjubelten, bis Kriegsbeginn alle oder fast alle Deutschen umfasste. Aber einen für das Regime spürbaren Widerstand gab es eben auch nicht.

Als sich im letzten Kriegsdrittel die deutschen Niederlagen mehrten und die Lebensverhältnisse in Deutschland immer schlechter wurden, nahm die Zustimmung zur Politik des Regimes in der deutschen Bevölkerung jedoch deutlich ab. Auch der Widerspruch gegen einzelne Maßnahmen oder NS-Führer wurde seit Stalingrad lauter, aber es entstanden daraus keine Elemente verbreiteter Opposition. Und die nun an manchen Orten wieder zueinanderfindenden politischen Zirkel der Linken konnten sich nicht auf breitere Zustimmung stützen. Es gibt sogar Hinweise darauf, dass nach dem 20. Juli in der Arbeiterschaft die Sympathien für Hitler kurzzeitig wieder stiegen. Und: Warum sollte man lebensgefährliche Risiken in vermutlich aussichtsloser Position eingehen, wenn, um das NS-Regime zu zerschlagen, die Armeen aller Großmächte der Welt angetreten waren?

Vor diesem Hintergrund der Isolation muss man den Mut, die Entschlossenheit und die Energie von Liselotte Herrmann und allen anderen Widerstandskämpfern aus der Arbeiterbewegung bewundern. Sie waren eben nicht getragen von der Unterstützung breiter Kreise, wie es in der linken Geschichtsschreibung, auch der aus der DDR, lange hieß. Sie waren isoliert und jederzeit von Denunziation, Entdeckung, Inhaftierung oder sogar vom Tode bedroht. Es ist auch nicht einfach, eine

Traditionslinie zu formulieren, die von hier aus bis in unsere Gegenwart führt und ein Identifikationspotential, eine über die Zeit hinweg gültige Beispielhaftigkeit enthält. Dies gilt besonders für die Kommunisten, deren Kampf, anders als derjenige der Sozialdemokraten, politische Ziele verfolgte, die einer demokratischen Perspektive ganz entgegengesetzt waren. Ihr Einsatz galt dem stalinistischen Kommunismus und mithin einem politischen System, das zur gleichen Zeit in der Sowjetunion Millionen der eigenen Bürger durch Gewalt und Aushungerung zu Tode gebracht hatte. Aber doch nicht nur – ihr Kampf galt ja auch und zuerst der Verteidigung der Arbeiterschaft und der Anhänger der Arbeiterbewegung gegen die zerstörerischen Angriffe eines schrecklichen, mörderischen Regimes.

Eine ungeteilte, unhistorische Identifikation mit den Widerstandskämpfern auch der Arbeiterbewegung ist daher oft nur schwer möglich. Die zeitgenössischen Antriebe und Motive, die individuellen Vorstellungen, die gesellschaftlichen Kontexte haben sich so sehr verschoben, dass nicht nur der Nationalsozialismus, sondern auch der Widerstand historisiert worden ist. Das schließt aber Bewunderung für die Haltung und den Mut der Widerstandskämpfer nicht aus, ebenso wenig wie Trauer über ihr Schicksal. Denn wir ehren ja auch das Andenken etwa der Zeugen Jehovas, die wegen ihrer Weigerung, den Kriegsdienst anzutreten, verfolgt und sogar hingerichtet wurden, ohne dass wir deren religiöse Vorstellungen notwendig teilen müssten. Es ist vielmehr die Tatsache, dass das Regime Menschen wegen ihrer politischen Auffassungen, ihrer religiösen Überzeugung verfolgt hat, die uns dazu bringt, dieser Menschen ehrend zu gedenken, auch wenn wir ihre Ziele und Vorstellungen nicht teilen – und umso mehr ihre Versuche, gegen diese Maschine des Terrors anzugehen oder sich nur vor ihr zu schützen.

II. Die wirkmächtigsten Formen von Opposition und Widerstand entstanden jedoch nicht im Lager der erklärten Gegner der Nationalsozialisten, sondern in den Reihen der Eliten sowie der Parteigänger und Koalitionspartner des Nationalsozialismus. Es waren in erster Linie Offiziere, hohe Beamte, Professoren, einige Geistliche sowie zahlreiche Adelige, die sich seit den späten 1930er Jahren in unterschiedlichen, miteinander teils verbundenen, teils unabhängig agierenden Gruppen und Zirkeln trafen und in zunehmenden Gegensatz zur Politik des Regimes traten, je länger der Krieg dauerte.

Berthold Graf Schenk von Stauffenberg, geboren 1905 in Stuttgart, schlug nach einem juristischen Studium die wissenschaftliche Laufbahn ein und wurde Dozent für Völkerrecht am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches Recht und Völkerrecht, bis er 1939 als Marinestabsrichter zum Oberkommando der Marine eingezogen wurde. Schon früh, 1935, stand er in deutlicher Opposition zum NS-Regime und hatte Kontakte zu Widerstandskreisen, in die er später auch seinen älteren Bruder Claus einführte. Berthold von Stauffenberg gehörte zum inneren Kreis der Verschwörer des 20. Juli. Am Tag des Attentats war er zuständig für die Verbindung zum Oberkommando der Marine. Nach dem Scheitern des Attentats wurde er verhaftet, am 10. August 1944 vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am gleichen Tag hingerichtet.

Stärker noch als seine Brüder Alexander und Claus hatte sich Berthold früh für die Dichtung Stefan Georges begeistert und bald zum engsten Freundeskreis in dessen elitärplatonischem »Staat« gehört. George bestimmte Berthold sogar zum Nacherben und treuhänderischen Verwalter seines Erbes in Deutschland. Georges Werk besaß neben dem Elitär-Ästhetischen auch einen stark prophetischen und religiösen Charakter. Der esoterische Dichter trat zugleich als Ankläger gegen eine Zeit der Verflachung auf und kündigte an, eine hierarchische Gesellschaftsreform auf der Grundlage einer neuen geistig-seelischen Aristokratie zu schaffen – jedoch auf rein idealistischer Ebene, ohne Verbindung zu einem politischen System. So lehnte er alle Vereinnahmungsversuche der Nazis strikt ab.

Hier lag auch der Ansatzpunkt für Bertholds Distanz gegenüber dem Nationalsozialismus. Eine solche geistig-ästhetische Opposition zum Dritten Reich war für einen kleineren, aber doch einflussreichen Teil der bürgerlichen Jugend durchaus prägend, die in den Bünden und Kreisen der Jugendbewegung sozialisiert worden war und einem weithin spirituellen Nationalismus anhing, der für uns heute nur noch schwer entzifferbar und vor allem kaum nachvollziehbar ist. Die nachhaltige Wirkung solcher national-esoterischer Ideen auf die Protagonisten wird von uns Heutigen jedoch meist dramatisch unterschätzt.

Anders als Berthold von Stauffenberg aber hatten viele, vermutlich sogar die meisten Angehörigen der konservativen Oppositionsgruppe dem Nationalsozialismus ursprünglich positiv gegenübergestanden, ihn als Befreiung und Zukunftshoffnung begrüßt, manche auch hohe Positionen innerhalb des Regimes eingenommen, so auch Bertholds Bruder Claus. Aber ihr Selbstverständnis war zugleich geprägt von einem tiefen Resentiment gegen die moderne Massengesellschaft, gegen Verstädtung, Parteiendemokratie, Parlamentarismus und »Apparatisierung«. Diese Hoffnungen schienen sich im »Dritten Reich« Hitlers für sie zu erfüllen. Entwicklungen wie die Aushöhlung des Rechtsstaats oder die Verfolgung der Kirchen durch die Nazis gefielen manchen zwar nicht, wurden aber angesichts der augenscheinlichen Erfolge Hitlers als unvermeidliche Begleiterscheinungen einer »jungen« Bewegung akzeptiert.

Unter den konservativen NS-Gegnern kann man grob vier Gruppen unterscheiden: die Gruppe um Carl Friedrich Goerdeler und Ludwig Beck; den Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg, die Offiziere der Heeresgruppe Mitte um Henning von Tresckow sowie die Militärs um Claus Graf Schenk von Stauffenberg, zu denen auch Berthold gehörte. Diese mit dem Sammelbegriff »nationalkonservativ« zwar nicht gänzlich, aber doch überwiegend zutreffend bezeichnete Oppositionsbewegung umfasste nur wenige, vielleicht einige Hundert aktive Teilnehmer und war innerhalb der Bevölkerung und sogar in den beruflichen und sozialen Umfeldern der Protagonisten weitgehend isoliert. Aber da die Gestapo aus dieser Richtung

einen Angriff am wenigsten erwartete und der Comment bei adeligen Offizieren, hohen Beamten oder bürgerlichen Professoren einen gewissen Schutz vor Denunziationen bot, gelang es diesen Gruppen, über einen Zeitraum von mehreren Jahren in Gesprächskreisen, durch Denkschriften und auf Tagungen intensive Diskussionen über Ziele und Prinzipien eines anderen Deutschland zu führen.

Nach den deutschen Siegen im Frühsommer 1940 war die Kritik an Hitlers militärischem Risikokurs gegen Frankreich und Großbritannien jedoch weitgehend verstummt, und Militärführung wie Ministerialbürokratie trugen den Krieg gegen die Sowjetunion, das Vorgehen gegen Zivilbevölkerung und Kriegsgefangene ebenso mit wie die Verfolgung der Juden. Seit aber die militärischen Erfolge ausblieben und Reich, Wehrmacht und Volk von einer Niederlage bedroht waren, nahmen Kritik und Unzufriedenheit bei den Nationalkonservativen wieder zu. Es ist aber nicht zutreffend, dass *allein* die sich verdüsternde militärische Lage den Anstoß zum Widerstand gab. So gewann die von Berthold von Stauffenberg früh vertretene Überzeugung, dass der Nationalsozialismus keine ordnungspolitische Alternative zum Liberalismus bot, sondern selbst Ausdruck des abzulehnenden »Massenzeitalters« und des Materialismus war, nun deutlich an Zustimmung. Parteienherrschaft und Massenagitatorik, egalitäre Propaganda und Massenkultur, wie sie sich während des NS-Regimes immer stärker ausbreiteten, standen ja für jene Tendenzen der modernen Industriegesellschaft, gegen die die Nationalkonservativen einst angetreten waren.

Zugleich aber wuchs bei den Nationalkonservativen auch die Opposition gegen die deutsche Kriegführung und die Ablehnung der nationalsozialistischen Besatzungs- und Vernichtungspolitik, sodass selbst einstige Anhänger des Regimes in immer schärferen Gegensatz zum NS-System gerieten. »Ein wesentliches Moment für die schlechte Gesamtlage«, schrieb Claus von Stauffenberg, »stelle die Behandlung der besetzten Länder dar. Den Anfang vom Ende der militärischen Entwicklung bilde der russische Feldzug, der mit dem Befehl zur Tötung aller Kommissare begonnen habe und mit dem Verhungernlassen der

Kriegsgefangenen und der Durchführung von Menschenjagden zwecks Gewinnung von Zivilarbeitern fortgesetzt worden sei.« Die Ermordung der Juden und der Partisanenkrieg wurden von Claus von Stauffenberg nicht erwähnt, wenngleich die Judenpolitik die ablehnende Haltung gegenüber dem Regime bei vielen Angehörigen des nationalkonservativen Widerstands deutlich verstärkte. Zwar waren die meisten Offiziere selbst antisemitisch eingestellt, und die Pläne für die Zeit nach einem erfolgreichen Putsch sahen zwar das Ende des Mordens vor, aber nicht durchweg auch das Ende der Judendiskriminierung. Dennoch war die Empörung über die »planmäßigen Ausrottungen von Menschen«, über die die Verschwörer ja durchweg besser informiert waren als die breite Bevölkerung, zweifellos ein wichtiger, wenngleich nicht der den Schritt in den Widerstand auslösende Faktor.

Innenpolitisch standen bei einigen Verschwörern, vor allem den Kreisauern, die Rückkehr zum Rechtsstaat sowie die Idee der Schaffung eines europäischen Staatenbundes im Zentrum der Überlegungen. Die meisten der in den Zirkeln der Verschwörer diskutierten neuen Entwürfe von Staat und Gesellschaft waren hingegen überwiegend die alten: vor allem die aus den Konzepten von Deutschnationalen und Jungkonservativen der zwanziger Jahre bekannten Vorstellungen von ständisch gegliederter Elitenherrschaft ohne Parlamentarismus, Parteien und Öffentlichkeit – ohne die »Auswüchse« des Kapitalismus, ohne die Kultur der Moderne, aber mit einer harmonischen, volksgemeinschaftlichen Ordnung, durch die Klassenkampf und konfessionelle Spaltung überwunden würden, weder kapitalistisch noch kommunistisch, sondern deutsch: ein »personaler Sozialismus« der inneren Haltung, eine Erneuerung der Gesellschaft auf christlicher Grundlage, die Verbindung von Volksbewegung und autoritärer Führung ohne freie und gleiche Wahlen.

Es gab aber auch andere Richtungen. Beispiele dafür bieten etwa Julius Leber und Franz Böhm. Julius Leber, geboren 1891 in Biesheim, war bis 1933 Reichstagsabgeordneter für die SPD und wurde im KZ Esterwegen, dann im KZ Sachsenhausen inhaftiert. 1937 freigelassen, arbeitete er seitdem im Widerstand und lernte 1940

Claus Graf Schenk von Stauffenberg kennen, trat in Kontakt zu Carl Friedrich Goerdeler und zum Kreisauer Kreis um Helmuth James Graf von Moltke. Seine Vorstellungen richteten sich auf die Wiederherstellung eines freiheitlichen und sozialen Rechtsstaats, wobei er sogar dafür plädierte, mit kommunistischen Widerstandsgruppen zu kooperieren – eine Ausnahme in diesen Zirkeln, aber von Claus von Stauffenberg doch zunehmend akzeptiert, der Leber nach dem geplanten Attentat und Staatsstreich als Innenminister oder sogar als Reichskanzler vorsah. Leber wurde jedoch bereits vor dem Attentat von der Gestapo verhaftet und am 20. Oktober zum Tode verurteilt. Am 5. Januar 1945 wurde er hingerichtet.

Franz Böhm, habilitierter Staatswissenschaftler aus Freiburg, dem 1940 wegen seiner Proteste gegen die Diskriminierung von Juden die Lehrbefugnis entzogen wurde, war Mitglied im Freiburger Bonhoeffer-Kreis und der »Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath«. Hier war er einer der Mitverfasser der bekannten Denkschrift *Politische Gemeinschaftsordnung: ein Versuch zur Selbstbesinnung des christlichen Gewissens in den politischen Nöten unserer Zeit*, in der, wie Ernst Schulin geurteilt hat, »die Verbindung christlich-religiöser Grundlagen, historischer Zeitdeutung, Rechtsordnung, Erziehungspolitik und Wirtschafts- und Sozialordnung großartig zum Ausdruck kommt.« Vermutlich wegen einer Namensverwechslung wurde er nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 nicht verhaftet und verurteilt. Nach dem Krieg wurde Böhm Mitbegründer der sogenannten Freiburger Schule. Er gilt als einer der Begründer des sogenannten Ordoliberalismus, gehörte bis 1965 für die CDU dem Deutschen Bundestag an und war ab 1952 Leiter der deutschen Delegation für die Wiedergutmachungsverhandlungen zwischen dem Staat Israel, den jüdischen Weltverbänden und der Bundesrepublik.

Die These, dass von den politischen Vorstellungen des 20. Juli keine direkten Impulse für die Gestaltung der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik ausgegangen seien, ist insofern zu revidieren. Vor allem aber wird deutlich, dass politische Sozialisation und Zielsetzung der Protagonisten des 20. Juli außerordentlich

verschieden waren: von den kulturellreligiösen George-Schwärmereien der Stauffenbergs über die sozialdemokratisch grundierten Rechtsstaatsvorstellungen Lebers oder Leuschners, die konservativen, wirtschaftlich aber ordoliberalen Vorstellungen Böhms bis zu den Überzeugungen von Johannes Popitz oder Ulrich von Hassell, die nach dem Sturz Hitlers »einen ‚totalen‘ Obrigkeitsstaat« wollten. Das widerlegt die lange verbreitete Überzeugung, bei den Verschwörern des 20. Juli habe es sich nur um eine Revolte von Nazi-Generälen gehandelt, die erst handelten, als der Krieg verloren schien. Man kann sie vielmehr besser als eine Art großer Koalition verstehen, die von der SPD bis zur DNVP und sogar in die NSDAP hinein reichte und deren gemeinsamer Nenner die Beseitigung Hitlers und des NS-Staates war. Alles andere war nachgeordnet und würde sich finden.

Aber auch mit den Verschwörern des 20. Juli ist, wie bei den kommunistischen Hitlergegnern, eine umstandslose Identifikation weder möglich noch sinnvoll. Zum einen rührt das aus der beschriebenen Heterogenität der politischen Ziele, zum anderen aber sind viele der hier vertretenen Vorstellungen so weit von den Wertkategorien und Denkstilen unserer Gegenwart entfernt, dass es schon gehöriger historischer Anstrengung bedarf, um die Denkwelt etwa der Stauffenbergs oder auch Böhms nur zu verstehen.

Was aber bleibt dann? Der deutsche Widerstand gegen das Dritte Reich verfügte über keine nennenswerte Unterstützung im Volk, er war politisch heterogen, und erhebliche, vermutlich weit überwiegende Teile waren, links wie rechts, explizit antidemokratisch orientiert. Wenn wir heute des Widerstands gegen den Nationalsozialismus gedenken, so nicht, weil wir dessen politische Ziele überwiegend teilten oder etwa überzeugt wären, dass das NS-Regime beinahe auch von innen her besiegt worden sei. Sondern weil wir darin Symbole der Widerständigkeit gegen ein totalitäres Gewaltregime erkennen, die die Hoffnung aufrechterhalten, dass es in Zeiten schrecklichster Unterdrückung und nahezu vollständiger

Isoliertheit Menschen geben wird, die den Mut aufbringen, dagegen aufzustehen, selbst dann, wenn es vergeblich ist. In den Worten von Hans Mommsen, dem kürzlich verstorbenen Nestor der deutschen Zeitgeschichte und der Erforschung des Widerstands: »Es waren nicht die Demokraten und nicht die unterdrückten republikanischen Parteien, auch nicht die Kirchen als Institution, die Deutschland gegen Hitler zu verteidigen und die politische, militärische, vor allem aber die moralische Katastrophe abzuwenden versuchten, die durch den ungebremsten Amoklauf des späten Hitler-Regimes eintreten musste. Es waren in vieler Hinsicht Außenseiter, [...] aus der Solidargemeinschaft der Nation Ausgestoßene, die den Entschluss fassten, unter unsäglich schweren Bedingungen und zuletzt im Bewusstsein äußerster Aussichtslosigkeit den Umsturz zu wagen und damit ein Zeichen gegen die in Hitler verkörperte Herrschaft der absoluten Inhumanität zu setzen, während die große Mehrheit der Nation und ihre Eliten schwiegen.«¹

¹ Hans Mommsen: Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft, in ders.: Alternativen zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstands, München 2000, S. 29-52, hier S. 46f.

Bilder zum Vortrag: Was geht mich eure Geschichte an?

Multimediales und partizipatives Jugendprojekt des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg e.V., Ulm

Moderation: Annette Lein, Gedenkstättenpädagogin
Tom Mittelbach, Friedrich-Uhlmann-Schule Laupheim

Projektteilnehmer: Jonas Maucher, Benjamin Rotärmel



Fotoimpressionen



Vor der Gedenkstunde im Landtag von Baden-Württemberg: stilles Gedenken beim Mahnmal für die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft auf dem Stuttgarter Karlsplatz.

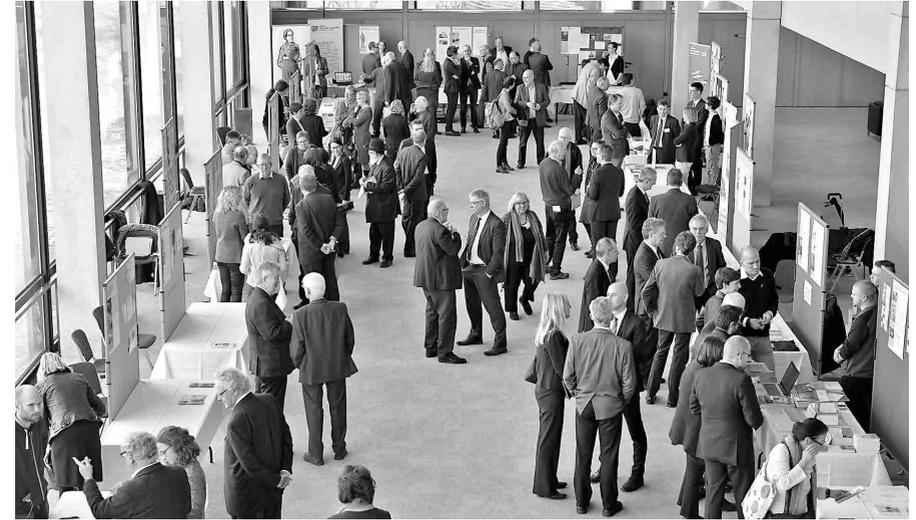
Gedenkstunde im Landtag von Baden-Württemberg.





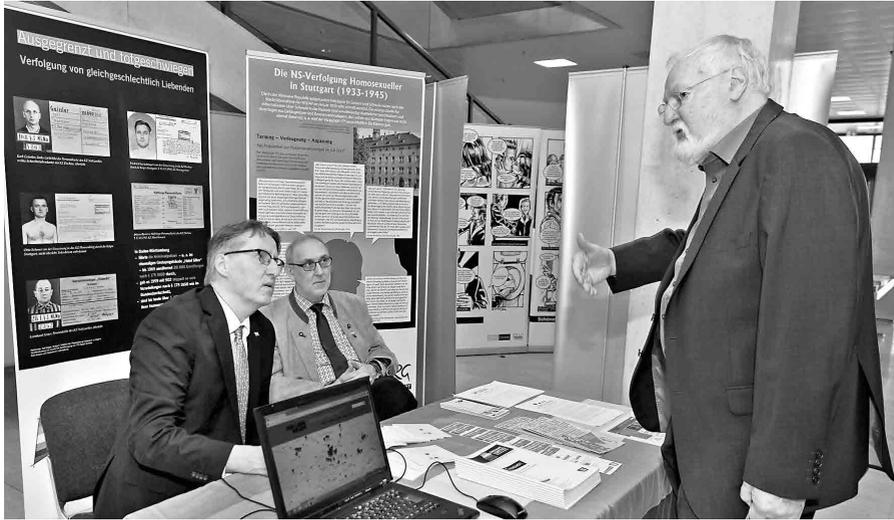
Esther Hermann (Violine) und Benjamin Pas (Violoncello) umrahmen die Gedenkfeier musikalisch.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus könne eine Chance für Politik und Zivilgesellschaft sein. Diese wahrzunehmen sei notwendige Zukunftsgestaltung, betonte Landtagspräsidentin Muhterem Aras in ihrer Rede.

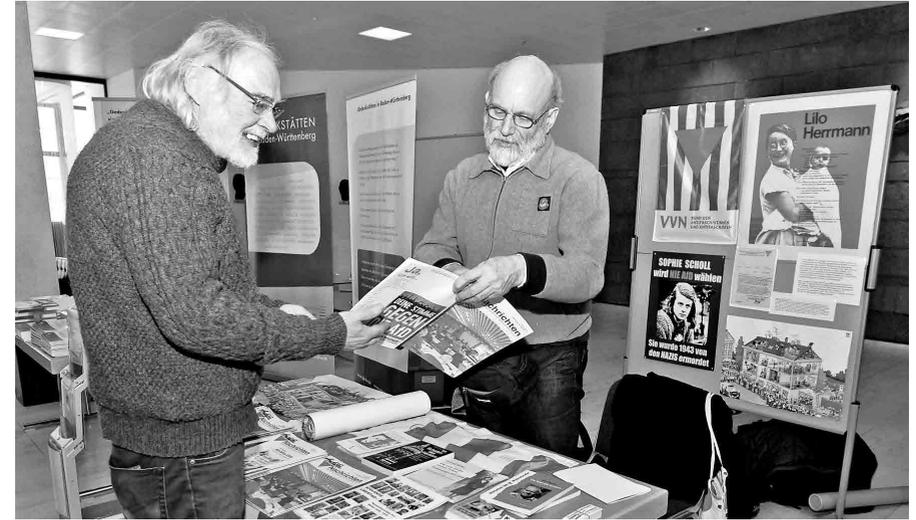


Begegnung mit Opferorganisationen an den Informationsständen im Haus des Landtags.





Begegnung mit Opferorganisationen an den Informationsständen im Haus des Landtags.



Begegnung mit Opferorganisationen an den Informationsständen im Haus des Landtags.



